

# ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée : 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les documents suivants :

## DOCUMENT 1

*Der Schriftsteller Ernst von Salomon (1902-1972) wurde wegen seiner Beteiligung am Rathenau-Mord (1922) zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.*

Plaas sagte: « Ich glaube, man muß da zwei Dinge auseinanderhalten. Einmal den Plan, das Konzept, in dem die Sache beschlossen war – und dann die persönlichen Motive, welche die Einzelnen bewogen, an der Tat teilzunehmen. Der Plan, ja, wie kam der zustande? Eigentlich war der einzige politische Nenner, auf den die gesamte 'nationale Bewegung' damals zu bringen war, negativ; er hieß: Schluß mit der Erfüllungspolitik! Darüber waren sich alle Gruppen und Grüppchen einig, wenn sie auch über sonst nichts einig waren. So war es eigentlich eine Temperamentssache, wenn ich mich so ausdrücken darf. Es ließ sich denken, daß die nationale Bewegung immer breitere Ausmaße annehmen werde, daß sie allmählich so stark werde, zahlenmäßig, - es bestand die Möglichkeit sehr wohl, daß sie einmal auf parlamentarischem Wege zur Macht gelangen könnte, oder wenigstens durch ihr Gewicht bewirken könnte, der Erfüllungspolitik, die uns völlig an den Westen auszuliefern drohte, ein Ende zu machen. Aber einmal sah das ganz und gar nicht so aus, als würde die Entwicklung diesen Weg nehmen, und dann hätte diese Entwicklung – es ist die, die dann wirklich durch die Nationalsozialisten bestimmt wurde, – eben gerade die Dinge zur Voraussetzung gehabt, die wir, und nicht nur vom Temperamente her, unter allen Umständen verhüten wollten, die Entwicklung in die Breite, in die Massen und in die Massentendenzen. Wir wollten verhüten, daß hier schließlich einfach Beelzebub mit dem Teufel ausgetrieben werde, daß die nationale Bewegung zur Macht gelange, indem sie die Mittel der Gegner benutze, Partei werde, Organisation zum Zwecke der Wahlen. Wir wollten von vornherein eine grundsätzliche Änderung der Dinge, die 'nationale Revolution', die uns von der materiellen und ideologischen Herrschaft des Westens ebenso befreien sollte wie in der französischen Revolution Frankreich vom Königtum. Also mußten auch unsere Mitglieder andere sein. Ich glaube, es war Kern selbst, der schließlich in die erhitzte Diskussion den vom Temperamente her logischen Gedanken warf, dann müsse eben jeder Erfüllungspolitiker 'beseitigt' werden. 'Beseitigt', das hieß natürlich schlichtweg: getötet. Was standen denn für andere Mittel zur Verfügung? Keiner, der vor dieser Konsequenz zurückschreckte, konnte eines nennen. Und als ein Kreis beisammen war, ein sehr kleiner Kreis, der so weit zustimmte, entwickelte sich das Weitere sozusagen mechanisch. Da wurde der Gedanke aufgenommen, daß jedes einzelne Attentat zumindest 'die Entwicklung weiter trieb', daß es 'Fanale' seien, Anzeichen einer wirklichen, bedrohlichen Verzweiflung, die den Erfüllungspolitikern die ungeheure Verantwortlichkeit ihres Wegs und dessen Folgen zeigen sollten – es war eine ähnliche Atmosphäre, wie sie wohl zu den Zeiten herrschte, als die russischen Sozialrevolutionäre ihre Attentate planten, nur mit dem allerdings schwerwiegenden Unterschied, daß deren Entschlüsse zuletzt doch dem Glauben an die Durchsetzung einer Ideologie, einer durchgebildeten politischen und wirtschaftlichen Lehre entsprangen, und unsere mehr einem allgemeinen Gefühl. Nun, auch die Lehren der Sozialrevolutionäre haben sich nur sehr

bedingt durchgesetzt. Jedenfalls, dort wie hier spielte sich das Weitere mechanisch ab. Dort wie hier tauchten 'Listen' auf, und auf einer dieser Listen stand bei uns, neben vielen anderen, auch der Name Rathenau. »

« Die Liste », sagte ich, die « Liste! Die ganze Liste bestand aus einem kleinen, schmutzigen Stück Papier, auf welchem mit Bleistift kreuz und quer Namen standen, manche durchgestrichen, manche wieder hinzugefügt. Die meisten von den Namen waren mir überhaupt kein Begriff, ich mußte mich erst mühsam mit ihnen befassen, [...] im ganzen fiel mir auf, daß ziemlich viel Juden darunter waren. Einen strich ich einfach von der Liste, Wassermann, weil ich dachte, es sei Jakob Wassermann gemeint, der Dichter, es war aber Oskar Wassermann gemeint, der Bankdirektor, von dem ich nichts wußte. Das Ganze war schon eine unglaublich leichtfertige Angelegenheit. Ich sah die Liste erst sehr spät, in Berlin, mitten in den Vorbereitungen zum Rathenau-Attentat. Kern hatte sie in der Pension am Schiffbauerdamm, wo wir wohnten, auf dem Tisch liegenlassen. Es war auch reiner Zufall, daß ich am Rathenau-Mord teilnahm, es geschah einfach 'mechanisch', weil ich mich so sehr an Kern attachiert hatte. Später, als ich die 'Geächteten' fertig hatte, als das Buch mir in den Druckfahnen vorlag, fiel mir auf, daß in dem ganzen Buch nicht ein antisemitisches Wort enthalten war. Tatsächlich war Rathenau ja der einzige Jude, der von uns ermordet wurde. »  
« Wir waren aber Antisemiten », sagte Plaas. [...]

Ernst von Salomon, *Der Fragebogen*, Reinbeck bei Hamburg, 1951

## DOCUMENT 2

*Vor 30 Jahren: Der Verleger Klaus Wagenbach spricht über seine Erfahrungen mit der RAF, ihre Sympathisanten und die deutsche Hysterie.*

**18. Oktober 1977.** Die nach Mogadischu entführte „Landshut“ wird gestürmt, Hanns-Martin Schleyer wird von der RAF ermordet, A. Baader, G. Ensslin und J.-C. Raspe begehen Selbstmord in Stammheim.

[...]

***Die RAF wollte mit alten Nazis wie Hanns-Martin Schleyer abrechnen und machte gemeinsame Sache mit den Feinden Israels – wie passt das zusammen?***

Doch, das war denkbar, dass Sympathien für Palästinenser bei Leuten entstanden, die so empört waren über das an den Palästinensern begangene Unrecht, dass sie beim Attentat auf die israelischen Sportler bei der Olympiade in München Beifall klatschten. Sie kannten die Grenze nicht mehr. Dass die jungen Leute auf die Seite der Palästinenser getrieben wurden, lag nicht zuletzt auch an großen selbsternannten Philosemiten wie Axel Springer, zugleich der Verleger der selbsternannten Blödzeitung, die an einem Tag Elogen auf Israel druckte, am anderen Tag die protestierende Jugend als Ungeziefer oder Desperados bezeichnete. Es war eine Zeit voller Ressentiments, in der ich die Leute auf der Straße sagen hörte, man sollte die Demonstranten besser vergasen. Ich erinnere mich, wie ich einmal darauf antwortete: Ach nein, nicht vergasen, durch den Fleischwolf drehen und Hackfleisch draus machen. Erst als ich derart übertrieb, wurden sie stutzig.

***Also entstand die RAF als ein Gesamtprodukt der Stimmung im Land?***

Es herrschte ein Lynchklima gegenüber den Jüngeren mit ihren unbequemen Fragen und ihrem Wunsch nach einem weniger vorgeschriebenen Leben. Das begann schon vor 1968, denken Sie an das Verbot, Kondome offen zu verkaufen, an den Kuppelei- und den Homosexuellenparagrafen. Schon während der Schwabinger Krawalle im Juni 1962 wurden Jugendliche, die nichts weiter taten, als auf den Straßen zu musizieren, dafür malträtiert.

***Dagegen ist die Polizei massiv eingeschritten, es kam zu den ersten Straßenschlachten am Ende der Ära Adenauer.***

Warum diese Stimmung später eskalierte, zeigt das Beispiel Helmut Schmidt. Neulich wurde mir das wieder klar, als ich das Gespräch mit ihm in der „Zeit“ las. Giovanni di Lorenzo sagte zu Schmidt, der Rechtsstaat sei mit der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg in Frage gestellt worden. Schmidt erklärte darauf, der Rechtsstaat werde nicht dadurch gefährdet, dass ein durchgedrehter Polizist jemanden erschießt. Er hat nichts verstanden – ganz Berlin war damals durchgeknallt. Die Westberliner Polizei sah tatenlos zu, als sogenannte Jubelperser vom iranischen Geheimdienst beim Schahbesuch im Juni 1962 auf Demonstranten einprügelten. Der Polizeipräsident hatte die „Leberwurst-Taktik“ entwickelt: In die Mitte hineinstecken, damit der Zug der Demonstranten auseinander bricht. Das war damals die Rhetorik der Älteren gegenüber den Jüngeren.

***Ein großes Nichtverstehen der neuen Generation?***

Ja. Der Bundeskanzler kannte das Klima nicht, er saß in Bonn, hatte in der Wehrmacht gedient und war umgeben von anderen, die gedient hatten. Die gesamte politische Klasse war militärisch geprägt, und wer aus einem Krieg kommt, der ist seelisch beschädigt. Die Sprache dieser Politiker, auch die Sprache der Medien, war voll von dem alten Geschnauze und Geschmetter, das Bellende, Kläffende war noch da. Einige Male habe ich Reden für Helmut Schmidt geschrieben, sein Schmidt-Schnauze-Ton war mir freilich fremd. Die jungen Leute wollten mit so einem Ton nicht leben. Da erkannte man überall noch – bis in die Gegenwart übrigens – die Schleifspuren der Nazizeit.

***Staat und Studenten – standen da zwei Seiten mit ihrem jeweiligen Realitätsverlust einander gegenüber?***

Diese Spaltungen waren auch das Produkt der Politik Adenauers. Mit unglaublicher Perfidie zog er die ehemaligen Soldaten auf die Seite der CDU, etwa als er über Willy Brandt – der eine Ausnahme war und ein Segen für das Land – abfällig bemerkte: „Uneheliches Kind, norwegische Uniform.“ So hat er die Träger der Wehrmachtsuniform, der „richtigen Uniform“, nachträglich aufgewertet und sie sich als Wähler gesichert. Die Hysterie gegenüber Sozialisten und Kommunisten hat Adenauer bewusst geschürt. Dabei war das unnötig – Frankreich hatte zeitweise 30 Prozent Kommunisten, Italien 35 Prozent, die Demokratie hat das gut überstanden. In Deutschland kam die kommunistische Partei auf gerade 2,2 Prozent.

***Mit der RAF tauchte ein anderes Kaliber auf: Mord als politisches Mittel.***

Wie man mit der RAF hätte anders umgehen können, das weiß ich auch nicht, aber man hätte es versuchen müssen. Auf alle Fälle waren die Reaktionen des Staats unverhältnismäßig. Denken Sie an dieses Gedicht von Erich Fried, ich habe es gerade in unseren neuen Herbstkatalog aufnehmen lassen. „Mit Verleumdung und Unterdrückung / und Kommunistenverbot / (...) gelang es den Herrschenden / eine Handvoll empörte Empörer / Ulrike Meinhof / Horst Mahler / und einige mehr / so weit zu treiben / daß sie den Sinn verloren / für das was in dieser Gesellschaft verwirklicht ist.“

***Am Schluss stellt Erich Fried eine Frage.***

Er schreibt dort: „Aber Anfrage an die Justiz / betreffend die Länge der Strafen: Wieviel Tausend Juden / muss ein Nazi ermordet haben / um heute verurteilt zu werden / zu so langer Haft?“ Diese Frage hat Bestand, davon bin ich überzeugt.

***Sie waren mit Ulrike Meinhof befreundet und haben ihr Buch „Bambule“ veröffentlicht, eine Kritik am Fürsorgesystem.***

Da war sie schon im Untergrund, das Manuskript hat sie mir nicht selber übergeben. Aber ich hatte mit ihr Kontakt, auch danach noch. Allerdings galt ich bei denen auch als hedonistisch, anarchistisch. Einmal, als ich ihr sagte, ich werde nun drei Wochen in Ferien fahren und nicht erreichbar sein, beschwerte sie sich: „Der Vietcong macht auch keinen Urlaub!“

***Klaus Wagenbach: geb. 1930, gründet 1964 in Berlin den nach ihm benannten Verlag. Er sympathisiert mit der Studentenbewegung und verlegt Wolf Biermann. Wegen der Veröffentlichung des RAF-Manifests und anderer Bücher wird ihm mehrfach der Prozess gemacht. 2002 gibt Wagenbach die Verlagsleitung an seine Frau Susanne Schüssler ab.***

*Der Tagesspiegel, 18.10.2007*

### DOCUMENT 3



### DOCUMENT 4

Der lange Arm der Ungerechtigkeit

Der Terrorismus  
hat einen langen Arm

Die Tücke dieser Menschen paarte  
sich  
mit besonderen Fähigkeiten  
die unglaublich erscheinen können

**Tournez la page S.V.P.**

Zum Beispiel hat Andreas Baader  
Um vorzutäuschen  
daß er ermordet wurde  
seinen berühmten Selbstmord  
nicht nur begangen indem er sich  
hinterlistig  
so ins Genick schoß  
daß die Kugel zur Stirn heraustrat  
(noch dazu mit der rechten Hand  
Obwohl er Linkshänder war)  
sondern er hat  
laut Befund des Ballistikexperten  
des Bundeskriminalamtes  
diesen Schuß aus einer Entfernung  
von dreißig bis vierzig  
Zentimetern zwischen der  
Mündung  
der Pistole und  
seinem Hinterkopf abgegeben

Das soll ihm mal einer nachmachen  
Da kann man nur sagen  
der Terrorismus  
hat einen langen Arm

Erich Fried, *Lebensschatten*, Berlin, 1981

## DOCUMENT 5

### Ideen aus der Giftküche

*Die jüngsten Vorschläge des Bundesinnenministers, großzügig auf die Passbilder der Bürger zuzugreifen und ihre Fingerabdrücke zu speichern, sind Teil einer Strategie: Wolfgang Schäuble will dem Staat im Anti-Terror-Kampf ganz neue Möglichkeiten verschaffen.*

Von seinem Vorgänger unterscheidet sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble angenehm. Wo Otto Schily (SPD) mit Cäsarenstimme über Sicherheit und Ordnung dozierte, schwäbelt der christdemokratische Nachfolger mit besorgt gerunzelter Stirn nachdenkliche Sätze über das große Ganze.

Freundlich erklärt der oberste Inhaber von Polizeigewalt in Deutschland, dass der Rechtsstaat sich allmählich auflöse: Angesichts des „neuen Terrorismus“ verschwömmen „die Grenzen“ zwischen innerer und äußerer Sicherheit, verlören „die überkommenen Begriffe ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz“. Selbst „Krieg oder Frieden“, das sei nicht mehr klar auseinanderzuhalten.

Wie ernst der 64-jährige Jurist das meint, ist vielen erst seit der vergangenen Woche klar. Da wurde der jüngste Coup des Ministers zur Verschärfung des Rechts der inneren Sicherheit ruchbar: Mit einer Änderung des Passgesetzes soll die Polizei ermächtigt werden, online Zugriff auf die

digitalisierten Passfotos der Bürger zu bekommen. Auch die künftig in Pässen gespeicherten Fingerabdrücke sollen nach dem Willen des Ministers bei den Meldeämtern zur Verfügung stehen.

Dass die Polizei Ausweisbilder für die Fahndung benutzt, ist gar nicht so neu, bisher wurden die Fotos halt per Fax oder Post übermittelt. Doch die Sache hat Methode. Unübersehbar ist mittlerweile, wie sich ein Gesetzgebungsvorhaben zum anderen fügt: Hinter allem, was Schäuble anschiebt, steckt ein durchdachter Umbauplan für den Rechtsstaat. Der leise Bundesinnenminister ist dabei, seine Vorstellungen vom Krieg gegen den Terror Zug um Zug umzusetzen.

“Es ist meine Aufgabe, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen”: Es war jetzt das dritte Mal innerhalb weniger Wochen, dass der Minister mit solchen Worten neue Gesetze ankündigte. Anfang des Monats ging es darum, die Rasterfahndung\* auszuweiten und die heimliche Online-Durchsuchung von Computern zu erlauben. Dann legte Schäuble Pläne zum Großen Lauschangriff vor, jetzt sind die Passgesetze dran. Kanzlerin Angela Merkel, die sich für Fragen der inneren Sicherheit nicht sonderlich interessiert, lässt ihm freie Hand.

Selbst Polizisten sind irritiert, was sie alles dürfen können sollen: „Ein Trommelfeuer“ sei es, sagt Klaus Jansen, Chef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, das der Minister gegen das Böse von diesseits und jenseits der Grenzen entfache. „Mit unglaublicher Kaltblütigkeit“ baue der Christdemokrat den Rechtsstaat um, staunt Konrad Freiberg, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei. Die Festung Deutschland, wie sie Schäuble und vielen Innenpolitikern der Union vorschwebt, besteht einstweilen aus Teilstücken und Baustellen: Die mit der Föderalismusreform gewonnene Bundeskompetenz für das Meldewesen soll zur Errichtung eines zentralen Einwohnerregisters genutzt werden ; vor wenigen Wochen ließ Schäuble die zentrale Anti-Terror-Datei in Betrieb nehmen, einen gemeinsamen Pool der Informationen von 38 verschiedenen Behörden des Bundes und der Länder; auch die Daten der Mautbrücken über den Autobahnen sollen künftig zur Fahndung freigegeben werden.

Das offensichtliche Ziel ist es, die Daten der Bürger zu komplettieren und den Umgang damit zu zentralisieren. Zugleich werden die Voraussetzungen, unter denen die Obrigkeit ihre Bürger ausspionieren darf, immer weiter gefasst.

War bisher die heimliche polizeiliche Datenerhebung im Wesentlichen auf die Verfolgung schwerer Straftaten begrenzt, soll künftig der Informationszugriff auf Computer oder Wohnungen präventiv zur Gefahrenabwehr möglich sein, ohne dass es auf Straftaten ankommt. Das bedeutet: Opfer solcher Intimausspähung kann jeder unverdächtige Bürger werden. Und damit all dies mit Tatkraft geschehen kann, hat die Große Koalition bei der Föderalismusreform eine neue Zuständigkeit des Bundeskriminalamts (BKA) für die präventive Arbeit begründet.

*Der Spiegel, Nr. 16, 2007*

\*Rasterfahndung: recherche par recoupement systématique de fichiers informatisés.

## DOCUMENT 6

### Ein Job vom Senator

*Wie Bremens Altbürgermeister Scherf Ex-Terroristin Susanne Albrecht eine Lehrerstelle besorgte*

Sie kam mit einem Strauß Blumen. Niemand im Haus von Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto schöpfte an jenem 30. Juli 1977 Verdacht. Denn die damals 26-jährige Susanne Albrecht war die Tochter eines Schulfreundes. „Onkel Jürgen“ nannte sie den Mann, den sie mit ihren beiden Begleitern entführen wollte. Doch Ponto wehrte sich. Die Kugeln, mit denen die Terroristen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt den Banker erschossen, leiteten den „Deutschen Herbst“ ein, in dem die Rote Armee Fraktion (RAF) die Republik terrorisierte.

Der Fall Albrecht löst 30 Jahre nach dem Ponto-Mord erneut eine höchst emotionale Debatte über den Umgang mit den RAF-Tätern aus. In Bremen, wo am 13. Mai eine neue Bürgerschaft gewählt wird, streiten Politiker über die Frau, die 1979 auch am gescheiterten Anschlag auf den Nato-Oberbefehlshaber Alexander Haig beteiligt war.

**Sonderbehandlung für Ex-Terroristin.** Ausgerechnet einen Job als Lehrerin an einer vom Bremer Senat geförderten Stadtteilschule verschaffte ihr der damalige Bildungssenator und spätere Bürgermeister Henning Scherf. Bereits 1993, die zu zwölf Jahren Haft verurteilte Albrecht saß gerade seit einem Jahr in der Bremer Justizvollzugsanstalt, wies Senator Scherf seinen Referenten für die „Förderung von Migranten“ an, der Freigängerin zu helfen. Der bat die Geschäftsführung der privaten Stadtteilschule Walle laut internem Untersuchungsbericht zu prüfen, „unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang sie im unterrichtsergänzenden Bereich eingesetzt werden könnte“.

Die heute 56-jährige Pädagogin habe nie zum harten Kern der RAF gehört und ihre Strafe abgessen, rechtfertigt Scherf sein Engagement. Beim Ponto-Mord hatte Albrecht die Kugeln aus ihrer Waffe genommen und den Verrat an „Onkel Jürgen“ offenbar später bereut. Vor Gericht sagte sie gegen Mohnhaupt und Klar aus und bescheinigte der RAF „kaltblütige Brutalität“.

Kritik an Scherf kommt aber auch aus den eigenen Reihen. Klaus Wedemeier, bis 1995 Bremer SPD-Bürgermeister, wusste nichts von der Hilfsaktion seines Justiz- und Bildungssenators und fühlt sich hintergangen. „Das hätte Scherf mir sagen müssen“, empört sich Wedemeier gegenüber FOCUS. „Es war nicht die Aufgabe des Bildungsressorts, sich um Albrecht zu kümmern.“

Als „skandalösen Vorgang“ bezeichnet Bremens Innensenator und CDU-Spitzenkandidat Thomas Röwekamp die Maßnahme. Der Freigang aus dem Gefängnis könne unmöglich in eine Schule führen. „Kinder sind keine Versuchsobjekte bei der Resozialisierung“, sagt Röwekamp. Wahlkampfgegner Jens Böhmens widerspricht dem nicht. Der SPD-Bürgermeister lehnt eine Stellungnahme zum Fall Albrecht ab.

*FOCUS, Nr. 19, 2007*